



12 Uhr
Karfreitag, 25.3.
Auftaktaktion

zum Ostermarsch BaWü 2016 vor
dem AFRICOM in S-Möhringen
(Plieninger Str. Nähe Landhaus-
kreuzung)

Fluchtursache Krieg bekämpfen!

Kriegseinsätze sofort beenden!

Der Ostermarsch findet am
Karsamstag, den 26. März

in Stuttgart statt und beginnt um

12 Uhr beim »**Karrierecenter**« der Bundeswehr

Mit Beiräten von Friedenstreff Stuttgart Nord, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart und Die Linke Stuttgart

(Heilbronnerstr. 188, U-Haltestelle Löwentorbrücke,

U6, U7, U15 vom Hauptbahnhof Richtung Gerlingen, Mönchfeld, Stammheim)

14 Uhr Schloßplatz Abschlusskundgebung

Es sprechen u.a.

Anne Rieger

Co-Sprecherin des
Bundesausschusses
Friedensratschlag

Paul Schobel

Betriebsseelsorger a. D.

Roman Zitzelsberger

Bezirksleiter der IG Metall
Baden-Württemberg

Ceyda Tutan

DIDF

zum Ostermarsch rufen auf:

(Stand 7.3.16)

Friedensnetz Baden-Württemberg • Arbeitskreis Frieden Mössingen • Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB e.V. • DFG – VK Baden-Württemberg • DGB Fellbach • DIDF Baden-Württemberg • DIDF Jugend BW • DIDF Stuttgart • Die Linke LV Ba.-Wü. • Die Linke Stuttgart • DKP Baden-Württemberg • DKP Stuttgart • Friedensbündnis Esslingen • Friedensbündnis Karlsruhe • Friedensplenum / Antikriegsbündnis Tübingen • Friedenstreff Stuttgart Nord • Gesellschaft Kultur des Friedens • Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg • IPPNW Stuttgart • Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. • NaturFreunde Landesverband Württemberg e.V. • Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart • Ohne Rüstung Leben – Ökumenische Initiative • pax christi Rottenburg-Stuttgart • Personalrat Uniklinikum Tübingen • Solidarität International e.V., Ortsgruppe Stuttgart, • WN – Bund der Antifaschisten Ba.-Wü. e.V. • Waldheim Gaisburg e.V. • Waldheim Stuttgart e.V. / Clara-Zetkin-Haus • Friedensbüro Heilbronn • ver.di Bezirk Stuttgart

Karin Binder, MdB Die Linke • Margit Engel, Heilbronn • Jürgen Grässlin, Bundessprecher DFG-VK und Vorsitzender Rüstungs-InformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg • Anette Groth, MdB Die Linke, Stuttgart • Heike Hänsel, MdB Die Linke, Tübingen • Reiner Hofmann, Stuttgart • Günther Klein, PR, Vors. FB 5 ver.di Stuttgart, Vors. Waldheim Stuttgart • Hans Koritke, Leonberg • Dieter Lachenmayer, Geschäftsführer VVN-BdA Stuttgart • Richard Pitterle, MdB Die Linke, Sindelfingen • Anne Rieger, Co-Sprecherin des Bundesausschusses Friedensratschlag • Paul Russmann, Diplomtheologe, Stuttgart • Michael Schlecht, MdB Die Linke, Mannheim • Axel Schüler, Karlsruhe • Sonnhild Thiel, Karlsruhe • Thomas Trueten, IG Metall Vertrauensmann, Esslingen • Lydia Trueten, IG Metall Vertrauensfrau, Esslingen • Werner Winter, Heilbronn



Fluchtursache Krieg bekämpfen!

Kriegseinsätze sofort beenden!

Fluchtursache Krieg bekämpfen!

Kriegseinsätze sofort beenden!

Millionen Menschen fliehen vor Krieg, Zerstörung, Gewalt, Diskriminierung und Armut. Der Hauptgrund, aus dem sie fliehen, sind Kriege und die Folgen dieser Kriege in ihrer Heimat. Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, Afghanistan, dem Irak und Syrien, genau jenen Ländern, gegen die Natostaaten Krieg führten oder führen.

Die Bundeswehr ist fast überall dabei.

- In Jugoslawien führte auch die Bundeswehr 1999 gemeinsam mit der Nato jenen Krieg, der die heutigen Verhältnisse der Verelendung und schwer erträglichen Lebensbedingungen hinterlassen hat.
- In Afghanistan führt die Bundeswehr seit 2001 Krieg, der noch immer anhält.
- Gegen den Irak führten die USA und ihre »Willigen« 1991 und 2003 Krieg auch von ihren Stützpunkten von deutschem Boden aus. Seit 2015 ist auch die Bundeswehr dabei und bildet kurdische Peschmerga an den von ihr gelieferten modernen Waffen aus.
- Seit 2013 ist der Krieg in Syrien ein von außen bewaffneter Bürgerkrieg unter dem erklärten Ziel des Regimewechsels. Von Anfang an mischten sich maßgeblich Golfstaaten, die Türkei und die USA mit Finanzierung, Waffenlieferungen und Geheimdienstoperationen ein. Die Bundeswehr beteiligte sich ebenfalls mit der Stationierung von Flugabwehrsystemen (angeblich zum Schutz der Türkei) im Rahmen der NATO. Heute tobt dort ein internationaler Krieg. Westliche Staaten und Russland fliegen täglich Bombenangriffe. Die Zahl der Akteure und ihre Interessen sind kaum durchschaubar. Die Terrormiliz »Islamischer Staat« kontrolliert große Teile Syriens und des Iraks

und nun wohl auch Libyens. Die Bevölkerung ist zu Millionen als Flüchtlinge in der Region und nun auch Richtung Europa unterwegs. Seit Dezember 2015 beteiligt sich die Bundeswehr mit Tornado-Zielerfassungsflügen, der Luftbetankung von Kampffjets und einer Fregatte am Krieg. Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung die Türkei mit Geld und Waffenlieferungen, damit diese im Gegenzug die Flüchtlingsabwehr für Europa übernimmt. Damit erhält Erdoğan auch noch freie Hand für seine Kriegspolitik gegen die eigene Bevölkerung in den kurdischen Gebieten.

- Auch Libyen wurde 2011 von Staaten der EU und den USA, mit deutscher Unterstützung durch die Bereitstellung von Flugplätzen und militärischer Infrastruktur, zerbombt. Krieg und Militärintervention auch der Bundeswehr in Mali waren eine der Folgen. Libyen selbst ist völlig destabilisiert, auch hier breitet sich der »islamische Staat« aus. Seit Januar 2016 ist dort ein weiterer Bundeswehreinsatz geplant.
- Auch in der Ukraine ist ein Krieg entfacht. Die Unterstützung des Westens für einen Regierungswechsel hat dort die Gefahr einer Konfrontation mit der Atommacht Russland verschärft.

Das Ergebnis all dieser »Militäreinsätze« der letzten 20 Jahre ist eine Geschichte des Massensterbens, der Zerstörung, Verwüstung und sozialen Verelendung ganzer Regionen. Mit keinem dieser Kriege wurden irgendwelche Fortschritte für Menschenrechte, Demokratie oder ein besseres Leben der Menschen erzielt. Der scheinbar immer größer werdende Zug der Flüchtlinge nach EU-Europa beweist dies. Er zeigt aufs Neue, dass Krieg ein Verbrechen ist, für das es keine Rechtfertigung gibt. Auch eine »Exportnation« muss keine Waffen und Krieg exportieren. Das Völkerrecht und das Grundgesetz verbieten es, »Märkte und Rohstoffe«, mit militärischen Mitteln zu sichern. Die deutsche Vergangenheit verbietet es in besonderem Maße, »Verantwortung« mit militärischen Mitteln wahrzunehmen, wie es der amtierende Bundespräsident immer wieder fordert.

Kriegseinsätze beenden!

Die Bundeswehr hat in Afghanistan, im Irak, in Syrien, in Mali, im Sudan und anderswo nichts zu suchen! Wir fordern ein Ende der militärischen Kooperation mit der Türkei.

NATO auflösen!

25 Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation hat die NATO jede Rechtfertigung als Verteidigungsbündnis verloren. Sie ist ein reines Kriegs- und Interventionsbündnis.

Bundeswehr abrüsten!

Eingesparte Rüstungsmilliarden werden für Erhaltung und Ausbau der Sozialsysteme und für die Beseitigung von Fluchtursachen in aller Welt gebraucht.

Auch von Baden-Württemberg

und Stuttgart muß Frieden ausgehen!

Die US Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM, die Drehscheiben für die meisten geschilderten Kriege sind und waren, müssen geschlossen werden!

Grenzen öffnen für Menschen –

Grenzen schließen für Waffen!

Deutschland hat 2014 die Kriegswaffenexporte um 60% auf 3,4 Milliarden Euro gesteigert und ist damit der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Sechzig Prozent dieser Exporte gehen außerhalb der NATO in Regionen, in denen Menschenrechte mit Gewalt unterdrückt werden – unter Missachtung eigener Export-Richtlinien. Wir wollen keine Rüstungsexporte. Stattdessen muss das Asylrecht erhalten und gestärkt werden! Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern muss es uneingeschränkt gewährt werden!

Friedensbildung statt Militarisierung

Die Konversion von Rüstungsproduktion ist nötig, ebenso wie das Ende von militärischer Forschung an den Hochschulen.

Zivile Produktion statt Rüstungsexporte

Die Bundeswehr wirbt verstärkt in Bildungseinrichtungen – nicht nur in Schulen, sondern sogar schon in Kindergärten. Aber auch bei Ausbildungsmessen, in Arbeitsagenturen, in Medien und bei Volksfesten wird um Nachwuchs und für Zustimmung für die von ihr geführten Kriege geworben. Wir fordern Schluss mit dem Werben fürs Sterben. Wir fordern von der neuen Landesregierung eine sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit dem Baden-Württembergischen Kultusministerium. Jugendoffiziere haben an Schulen und Lehrausbildung nichts zu suchen.

Für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen

Atomare, biologische und chemische Waffen lehnen wir strikt ab, erst recht die vorgesehene Aufrüstung der Atomwaffen in Büchel. Auch die friedliche Nutzung der Atomenergie gefährdet unsere Zukunft. Zur Energiewende und einer Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise gibt es keine Alternative. Nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sind auch Friedenspolitik.

Wir schulden der Welt keine Soldaten

Nur eine aktive Friedenspolitik gepaart mit fairem Welthandel kann Kriege und Elend vermeiden!

Spenden für Friedensarbeit an BW Förderverein Frieden

DE95 6009 0100 0563 1310 04

Beiträge zum Ostermarsch an Paul Russmann,

Sonderkonto Friedensnetz **DE52 6001 0070 0006 5207 06**

ViSdP: Friedensnetz Baden Württemberg (D. Lachenmayer)

Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, www.friedensnetz.de